

VI.3 Der Einfluß der Innenpolitik auf die Außenpolitik

Wie auch bei der Analyse zum Abbruch der Beziehungen wird der Einfluß innenpolitischer Verhältnisse (eingegrenzt auf den Alleinvertretungsanspruch, den „Vergangenheitsfaktor“, die Öffentliche Meinung und die Medien) auf die Außenpolitik untersucht.

VI.3.1 Der Alleinvertretungsanspruch

In der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 wurde zum ersten Mal nicht mehr die Wiedervereinigung, sondern das Bemühen um die Entspannung als höchstes Ziel westdeutscher Außenpolitik genannt. „Auch eine Differenzierung der sogenannten Hallstein-Doktrin war überfällig, wenn Entspannung wirkungsvoll und von Dauer sein sollte.“⁷¹⁴

So kam es zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien im Februar 1967 und der Wiederanknüpfung der Beziehungen zu Jugoslawien. Die Hallstein-Doktrin wurde somit im Verhältnis zu den Ostblockstaaten fallengelassen⁷¹⁵.

Der Legationsrat Harder in Kairo schrieb in einem Fernschreiben an das Auswärtige Amt, daß in Kairo nach wie vor der Wille zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen vorhanden sei, daß aber der psychologische Zeitpunkt vor der Aufnahme der Beziehungen zu Rumänien günstiger gewesen wäre⁷¹⁶.

Am 31. Januar 1968 wurden die Beziehungen zu Jugoslawien wieder aufgenommen⁷¹⁷. Aus einem Fernschreiben der italienischen Schutzmachtvertretung in Kairo an das Auswärtige Amt am 13. März 1968 geht hervor, daß die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Belgrad das deutsch-ägyptische Verhältnis belasteten und es damit der ägyptischen Regierung fast unmöglich machten, einseitig für die Bundesrepublik zu optieren. Bedingt durch Regierungskontakte auf höchster Ebene, wirtschaftliche Hilfsangebote und die verstärkte sowjetische Einflußnahme, wurde davon ausgegangen, daß Kairo Ostberlin eine diplomatische Anerkennung nicht mehr vorenthalten könnte. Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen Ägyptens zur Bundesrepublik könnte in der nächsten Zeit nicht erreicht werden, da nicht die Israelpolitik im Wege stünde, sondern die

⁷¹⁴ Hacke, 1988, S. 122.

⁷¹⁵ Vgl. End, 1973, S. 55.

⁷¹⁶ Vgl. AAPD, 1967, Dok. 70. „Legationsrat I. Klasse Harder, Kairo, an das Auswärtige Amt“, S. 331-332.

⁷¹⁷ Vgl. Hanrieder, 1991, S.222.

Deutschlandpolitik. Daraufhin wurde eine Prüfung der Frage vorgeschlagen, ob für Ägypten eine Ausnahmeregelung wie im Falle Rumäniens und anderer osteuropäischer Länder gefunden werden könnte. Bei Staaten, deren wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von der Sowjetunion und dem Ostblock evident war, sollte über die Errichtung einer Ostberliner Botschaft hinweggesehen werden⁷¹⁸.

Die internationale Rolle der DDR war bis Ende der 60er Jahre immer mehr gewachsen. Bis 1960 hatte sie mit 28 nichtkommunistischen, beziehungsweise nicht zum Ostblock gehörenden Staaten Handelskontakte aufgenommen. Mit dem zunehmenden internationalen Einfluß der DDR wurde die Hallstein-Doktrin zunehmend wirkungslos⁷¹⁹.

Trotz des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen versuchte die Bundesrepublik weiter, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Kairo und Ostberlin zu verhindern. Am 20. Mai 1965, kurz nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ägypten, wurde in Kairo ein Generalkonsulat der DDR eröffnet. Nach Ansicht des Bundestagsabgeordneten Rudolf Werner verstieß Ägypten damit gegen die Interessen der Bundesrepublik und trug in keiner Weise zu einer Normalisierung im Verhältnis beider Staaten bei⁷²⁰. Um eine mögliche Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Ägypten und der DDR zu verhindern, kam aus dem Referat IB4 (Politische Abteilung - Vorderer Orient) im Auswärtigen Amt folgender Vorschlag: Es sollten Kontakte mit Ägypten aufgenommen werden, die jedoch nicht über die Schutzmachtvertretungen laufen sollten, sondern vielmehr über die Kanäle des ägyptischen Botschafters in Athen, Ibrahim Sabri⁷²¹.

Der zunehmende Einfluß der DDR innerhalb des Ostblockes zeigte sich 1967 auf der Konferenz der kommunistischen Parteien in Karlsbad. Ost-Berlin gab die Einführung „einer Art östlicher Hallstein-Doktrin mit umgekehrtem Vorzeichen“ bekannt und führte die „Ulbricht-Doktrin“ ein⁷²². Die Konsequenzen der Ostpolitik wurden auch im Dezember 1967 in einer Aufzeichnung für die Lagebesprechung beim Bundeskanzler hervorgehoben. Demnach schien in Kairo vorläufig die Auffassung zu bestehen, daß Ägypten im Rahmen der neuen Ostpolitik gleich-

⁷¹⁸ Vgl. AAPD, 1968, Dok. 95. „Botschaftsrat 1. Klasse, Lahn, Kairo, an das Auswärtige Amt“, S. 349-351.

⁷¹⁹ Vgl. End, 1973, S. 46.

⁷²⁰ Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 7.7.1965. „Schreiben des Staatssekretär des Auswärtigen Amtes an den Abgeordneten des Deutschen Bundestages Herrn Rudolf Werner.“

⁷²¹ Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 22.7.1965. „Vermerk betr. Errichtung eines Generalkonsulats der VAR in Ost-Berlin und Erteilung des Exequaturs an den ägyptischen Generalkonsul durch die Zonenbehörden.“

⁷²² Vgl. End, 1973, S. 47.

zeitig oder nahezu gleichzeitig diplomatische Beziehungen mit beiden deutschen Staaten aufnehmen könne⁷²³. Der Juni-Krieg hatte allerdings zahlreiche arabische Staaten in die militärische Abhängigkeit von der Sowjetunion geführt⁷²⁴. Die Unterdrückung der tschechischen Reformbestrebungen im August 1968 führte zudem zum Stillstand der diplomatischen Initiativen der Großen Koalition in Osteuropa⁷²⁵.

Der Höhepunkt der Modifikation der Nichtanerkennungspolitik wurde mit dem Regierungswechsel im Herbst 1969 erreicht⁷²⁶. Schon im Wahlkampf 1969 forderte die SPD, den „alten Zopf“ der Hallstein-Doktrin abzuschneiden⁷²⁷. Die Diskussionen um die Hallstein-Doktrin wurden verstärkt, als im Mai 1969 Kambodscha die DDR als souveränen Staat anerkannte und damit einen Koalitionsstreit in der Bundesregierung auslöste⁷²⁸.

Der Bundesregierung wurde mit der Haltung Kambodschas immer mehr bewußt, daß die allgemeine Gefahr drohte, daß bei konsequenter Anwendung der Hallstein-Doktrin Bonn sich aus immer mehr Staaten zurückziehen und schließlich der DDR das Feld überlassen müßte⁷²⁹.

Die FDP, die schon seit langem eine Modifizierung der Hallstein-Doktrin gefordert hatte, stellte mit Walter Scheel den Außenminister in der neu gewählten Regierung. Noch am Tage der Bekanntgabe der Regierungserklärung gab die sozial-liberale Koalition eine neue Doktrin bekannt, die eine Abwandlung der Hallstein-Doktrin, zur „Scheel-Doktrin“, darstellte. Danach wurde über die Anwendung von Fall zu Fall entschieden. Eine Anerkennung galt nicht mehr als „unfreundlicher Akt“, sondern wurde weder als „hilfreich noch freundlich“ bezeichnet⁷³⁰.

Nachdem der Irak, der Sudan und die Volksrepublik Südjemen diplomatische Beziehungen zur DDR aufgenommen hatten, war es Nasser seiner Führungsrolle in der arabischen Welt schuldig, seinerseits die Beziehungen zu Ostberlin 1969 aufzunehmen⁷³¹.

Im März 1970 kam es zu einem Treffen zwischen Bundeskanzler Brandt und dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, in Erfurt und im Mai 1970

⁷²³ Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 4.12.1967. „Aufzeichnung für die Lagebesprechung beim Herrn Bundeskanzler.“

⁷²⁴ Vgl. Booz, 1994, S. 122.

⁷²⁵ Vgl. Hanrieder, 1991, S. 225.

⁷²⁶ End, 1973, S. 45.

⁷²⁷ Vgl. Booz, 1994, S.140.

⁷²⁸ Vgl. Hacke, 1988, S. 511.

⁷²⁹ Vgl. Booz, 1994, S. 123-127.

⁷³⁰ Vgl. Booz, 1994, S. 143.

⁷³¹ Vgl. Kupper, 1971, S. 74.

zu einem weiteren Treffen in Kassel. Während sich die Verträge von Moskau und Warschau für die staatliche Anerkennung zweier deutscher Staaten aussprachen, ging Brandt in seiner Grundsatzerklärung in Erfurt am 19. März 1970 einen Schritt weiter, indem er feststellte, daß keiner der deutschen Staaten für den anderen handeln könne⁷³².

Brandt erkannte, „daß die Ostpolitik, insbesondere die deutsch-sowjetischen Beziehungen, flankierend entwickelt und stabilisiert werden mußten, bevor die Sowjetunion die Schranke für ein Fortfahren in den deutsch-deutschen Beziehungen öffnen würde.“⁷³³ Dieser Gedanke fand im deutsch-sowjetischen Vertrag im August 1970, dem deutsch-polnischen Vertrag im Dezember 1970 und dem Viermächte-Abkommen über Berlin 1971 seinen Ausdruck. Der deutsch-sowjetische Vertrag beinhaltete ein gegenseitiges Gewaltverzichtsabkommen und die Unverletzlichkeit der Grenzen Europas. Das Abkommen mit Polen konzentrierte sich ebenfalls auf den Verzicht von Gewaltanwendung, sowie die Festlegung der Oder-Neiße-Grenze und beinhaltete darüber hinaus eine Absichtserklärung zur Einleitung von Schritten zur vollen Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Mit dem Vier-Mächte-Abkommen forderte die Regierung Brandt von der Sowjetunion eine Gegenleistung für die Anerkennung der Grenzen in Europa, die Anerkennung des Status Berlins, die Sicherheit der Zufahrtswege nach Berlin eine bessere Besuchsmöglichkeit für Westberliner in der DDR⁷³⁴. Der Bundestag beschloß schließlich am 17. Mai 1972 die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau⁷³⁵.

Die Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten resultierten endgültig im Grundlagenvertrag, der am 21. Dezember 1972 unterzeichnet wurde. Im Juni 1972 war es bereits zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ägypten gekommen. Dem Grundlagenvertrag zufolge erkannten beide Regierungen die wechselseitige Gleichberechtigung sowie die Unverletzlichkeit der Grenzen und die territoriale Integrität des anderen an. Anstelle von Botschaften einigten sich beide Staaten auf „ständige Vertretungen“⁷³⁶. Die Unterzeichnung des Grundlagenvertrages stellte auch das Ende der Hallstein-Doktrin dar⁷³⁷.

⁷³² Vgl. End, 1973, S. 68-69.

⁷³³ Hacke, 1988, S. 173-175.

⁷³⁴ Vgl. Hanrieder, 1991, S. 239-241.

⁷³⁵ Vgl. Hacke, 1988, S. 514.

⁷³⁶ Vgl. Hanrieder, 1991, S. 246.

⁷³⁷ Vgl. Booz, 1994, S. 162-163.

Der Prozeß der Neuformulierung außenpolitischer Grundlagen der sozial-liberalen Regierung erbrachte jene Voraussetzungen, die es der Bundesrepublik ermöglichten, ihre außenpolitischen Interessen wieder aktiv wahrzunehmen. Mit dem Grundlagenvertrag wurde die allgemeine Notwendigkeit erfüllt, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR zu normalisieren.

Die Aufgabe der Hallstein-Doktrin war nicht ausschlaggebend für die Wiederaufnahme der Beziehungen. Vielmehr hatte die weltpolitische „Großwetterlage“, durch die Entspannungspolitik einen „Anlaß“ für die Bundesrepublik und für Ägypten geschaffen, die Beziehungen wieder aufzunehmen. Gleichzeitig schufen der Regierungswechsel in Ägypten und die Politik der Westanbindung von Staatspräsident Sadat, in der er die Bundesrepublik als Partner benötigte, neue Voraussetzungen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

VI.3.2 Der „Vergangenheitsfaktor“

Die pro-israelischen Reaktionen deutscher Politiker, der Öffentlichkeit und die Berichterstattung der Medien hatten zu einem Tiefpunkt in der Krise deutsch-arabischer Beziehungen geführt. „The repression of guilt on the one hand and the recurrence of embarrassing situations on the other had kept the Germans vulnerable to reminders of their past.“⁷³⁸

Auch die israelische Seite versuchte den „Vergangenheitsfaktor“ zu instrumentalisieren. „[...] Pressure, even to the extent of unashamed psychological blackmail, was involved when the Israeli government asked the German government for 20,000 gasmasks. To entreat the country which had gassed millions of Jews for gasmasks for the ostensive purpose of preserving the survivors from imminent extinction cannot be considered a serious appeal for help but only a calculated manoeuvre to force the Germans into compliance with Israel's future wishes. Had Israel really needed help for its survival, it would have asked for weapons or direct military intervention.“⁷³⁹

Die Darstellung der Hintergründe des Nahostkonflikts gegenüber der deutschen Öffentlichkeit, zeigt Büttner anhand einen von Rudolf Augstein erscheinenden Spiegel Artikel am 12. Juni 1967. Darin heißt es: „Die Araber haben nicht ganz und gar unrecht, wie der oberflächliche Zeitungsleser glauben könnte. Sie haben

⁷³⁸ Büttner, 1977, S. 75.

⁷³⁹ Büttner, 1977, S.67.

1948 für ein jahrhundertealtes Sündenregister zahlen müssen, das nicht von ihnen, sondern von europäischen Nationen bestritten worden ist [...] Die Araber haben ihr Land nicht infolge einer jahrelangen Irrsinns-Herrschaft verloren, wie die Deutschen. Einem einseitigen Diktat anderer mußten sie sich beugen. Dies die notwendige Vorbemerkung. Nun sitzen aber die Israelis seit 1900 (50 000) seit 1930 (175 000), seit 1969 (zwei Millionen) im Land ihrer Ur-Ur-Väter. Was sie, mit Hilfe von außen zwar, aber doch hervorragend durch eigene Tüchtigkeit geleistet haben, füllt ein Legendenbuch. [...] Israel hat während der letzten neunzehn Jahre aller Welt ein Beispiel gegeben, wie die Hilfsquellen der Menschheit zum Nutzen aller erschlossen werden könnten, wenn man die Energien des menschlichen Geistes zu organisieren wüßte.“⁷⁴⁰

Nach Ende des Juni-Krieges erfuhr das Palästinenser-Problem in Westdeutschland einen höheren Perzeptionsgrad und politisch linksorientierte Gesellschaftskreise empfanden zunehmend Sympathien für die Palästinenser. Die Sympathiebekundungen für die Palästinenser kamen für deutsche Studenten der linken Szene einem „Frontwechsel“ gleich, da sie sich zunächst pro-israelisch orientiert hatten⁷⁴¹.

Trotz Stabilisierung der deutsch-israelischen Beziehungen kam es mit der Verbesserung des Verhältnisses zu den arabischen Staaten, dem steigenden Bewußtsein des Palästinenser Flüchtlingsproblems in Deutschland und der Bekanntgabe des Arbeitspapiers der EPZ zu Protesten auf israelischer Seite. 1970 wurden israelische Klagen über anti-israelische Folgen der sozial-liberalen Ostpolitik in den deutschen Medien laut⁷⁴². Die SPD hatte in der Opposition als israelfreundliche Partei gegolten. Sie hatte als einzige Partei 1953 geschlossen für das Wiedergutmachungsabkommen gestimmt⁷⁴³ und damit maßgeblich zur Durchsetzung der Luxemburger Wiedergutmachungsverträge vom 10. September 1952 beigetragen. Die Stimmen der SPD hatten es außerdem ermöglicht, daß das Wiedergutmachungsabkommen mit Israel 1953 den Bundestag passieren konnte⁷⁴⁴. Die Gemeinsamkeiten der deutschen Sozialdemokratie mit den sozialistischen Pionieren des Zionismus sowie die Beiträge jüdischer Sozialdemokraten zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hatten eine gewisse Solidarität geschaffen und zu einer positiven Grundeinstellung gegenüber Israel geführt⁷⁴⁵.

⁷⁴⁰ Der Spiegel 12.6.1967. „Israel soll leben“. Vgl. Büttner, 1977, S. 70-71.

⁷⁴¹ Vgl. Jaeger, 1996, S. 27-29.

⁷⁴² Vgl. Büttner u. Scheffler, 1982, S. 148.

⁷⁴³ Vgl. Büttner u. Scheffler, 1982, S. 144.

⁷⁴⁴ Vgl. Scheffler, 1994, S. 157.

⁷⁴⁵ Vgl. Jaeger, 1996, S. 33.

Es zeichneten sich zwei Strömungen in der Haltung gegenüber dem Nahen Osten ab. Während alles, was in der deutschen Öffentlichkeit mit Israel zu tun hatte, weiterhin moralisch sehr brisant erschien, nutzte die CDU/CSU-Opposition das Israel-Thema im Kampf gegen die Ostpolitik der Brandt/Scheel-Regierung und hoffte damit, die sozial-liberale Koalition zu spalten⁷⁴⁶. Scharfe Kritik an dem Nahostpapier der EG 1971 kam auch aus Israel. Die Haltung wurde von der CDU/CSU sowie auch innerhalb der SPD-Führung stark unterstützt. Brandt erklärte am 3. Juni 1971, daß die Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht zu Lasten Israels gehen dürfte⁷⁴⁷.

VI.3.3 Die Öffentliche Meinung und die Medien

In dem zu untersuchenden Zeitraum ist besonders der Juni-Krieg als Medienereignis hervorzuheben. Die Berichterstattung der westdeutschen Medien war von einseitiger Parteinahme für Israels geprägt. Daher wird untersucht ob die Medien und die Öffentliche Meinung Einfluß auf politische Entscheidungen nahm. Insbesondere die Springer-Presse hatte in dieser Phase undifferenziert zugunsten der Israelis berichtet haben⁷⁴⁸. Musallam beschreibt in seiner Dissertation, daß Journalisten, die nach der Niederlage der arabischen Staaten 1967 Hintergrundinformationen der arabischen Niederlage darstellen wollten, Schwierigkeiten bekamen, ihre Sichtweisen zu veröffentlichen⁷⁴⁹.

Für die deutsche Öffentlichkeit war Israel von der Vernichtung bedroht und konnte sich siegreich gegen seine Feinde verteidigen. Sprecher aller Parteien im Bundestag erklärten offen, daß die Sympathien auf Seiten Israels waren⁷⁵⁰. So hob der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten, Helmut Schmidt, hervor, daß seine Partei politisch und moralisch nicht gleichgültig dem Ausgang der Krise gegenüberstehe. Er erläuterte, daß Deutschland viel an der traditionellen Freundschaft zu den Arabern liege, man sich gegen die Absicht, Israel zu vernichten, jedoch verwahren müsse. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Rainer Barzel sprach sich eindeutig für eine pro-israelische Position aus⁷⁵¹.

⁷⁴⁶ Vgl. Büttner u. Scheffler, 1982, S. 148-149.

⁷⁴⁷ Vgl. Büttner u. Scheffler, 1982, S. 150.

⁷⁴⁸ Vgl. Lewan, 1970, S. 220.

⁷⁴⁹ Vgl. Musallam, 1976, S. 100.

⁷⁵⁰ Vgl. Büttner u. Hünseler, 1981, S. 125-126.

⁷⁵¹ Vgl. Vogel, 1987, S. 350-354.

Deutsche Mitarbeiter der italienischen Schutzmachtvertretung in Kairo teilten nach Ende des Juni-Krieges 1967 in einem Schreiben an das Auswärtige Amt, Beobachtungen mit, daß die Politik der Bundesrepublik durch die Propaganda des Ostblocks, besonders Ostberlins, und bewußte Falschmeldungen in der ägyptischen Presse und Öffentlichkeit entstellt und diffamiert wurde. In der ägyptischen Presse wurde die von der Bundesrepublik vorgegebene „neutrale“ Haltung angezweifelt⁷⁵².

Es ist nicht genau nachzuweisen, wie weit die Medien und die Öffentliche Meinung den Entscheidungsprozeß beeinflußt haben, doch der in Kapitel VI.3.2 beschriebene „Vergangenheitsfaktor“ bestärkte die pro-israelische Berichterstattung und erlaubte die Darstellung eines differenzierteren Bildes nicht. Nach Ende des Krieges äußerte sich der israelische Botschafter in Bonn, Ben Nathan, positiv über die deutsche Presseberichterstattung und lobte diese für ihre „wahrheitsgetreue Berichterstattung.“⁷⁵³

Grundsätzlich existierte insbesondere in bezug auf das Palästinenserproblem große Unkenntnis in Deutschland⁷⁵⁴. Diese spiegelte sich in mangelnde Informationen über die arabischen Staaten in den deutschen Medien wider⁷⁵⁵. Der Einfluß der Medien auf den Entscheidungsprozeß war nicht so bedeutend, daß die Entscheidungsträger sowie andere Politiker die Auffassung der Medien vertraten. Es ist eher anzunehmen, daß den Politikern die Auffassung der Medien und die allgemeine öffentliche Meinung entgegenkam und sie bestätigte.

Mit dem Ausgang des Juni-Krieges hatte Israel seine strategische Position deutlich verbessert „[...] und verfügte mit den besetzten Gebieten über ein Faustpfand, das es zu Verhandlungen mit den arabischen Gegnern über die Anerkennung seines Existenzrechtes und auszuhandelnde sichere Grenzen einsetzen konnte.“⁷⁵⁶ Die Ergebnisse und Folgen des Krieges wandelten das Bild, das die deutsche Öffentlichkeit, insbesondere unter Studenten und Intellektuellen, hatte. Für die linksintellektuellen Israelfreunde in der Bundesrepublik ergab sich eine neue Israel-Debatte. Weite Teile der Linken begannen aber sich von den israelfreundlichen Positionen der Nachkriegszeit zu verabschieden und mehr die Interessen der politischen Flüchtlinge zu unterstützen⁷⁵⁷.

⁷⁵² Vgl. AAPD, 1967, Dok. 285. „Botschaftsrat 1. Klasse Lahn, Kairo, an das Auswärtige Amt“, S. 1145-1146.

⁷⁵³ Vgl. Lewan, 1970, S. 7.

⁷⁵⁴ Vgl. Jaeger, 1996, S. 25.

⁷⁵⁵ Vgl. Büttner, 1977, S. 68.

⁷⁵⁶ Vgl. Büttner u. Hünseler, 1981, S. 126.

⁷⁵⁷ Vgl. Klocke, 1994, S. 161-162.

Die einzige auf diesen Zeitraum zutreffende Meinungsumfrage, auf die in der Literatur zurückgegriffen werden kann, war eine 1969 durchgeführte Infas-Repräsentativerhebung zum Alleinvertretungsanspruch. Der Umfrage zufolge waren 36% der 980 Befragten bei einer „Random-Auswahl“ unter der westdeutschen Bevölkerung der Ansicht, daß auf eine Anerkennung der DDR durch ausländische Staaten mit der Aufkündigung wirtschaftlicher Unterstützungsmaßnahmen reagiert werden sollte. 26% der Bevölkerung empfahlen, die Anerkennung der DDR durch andere Staaten zu ignorieren und keine Gegenmaßnahmen einzuleiten. In einer Protestnote sahen 14% einen geeigneten Schritt, und 11% rieten dazu, die diplomatischen Beziehungen zu demjenigen Land abzubauen, welches die DDR anerkannte. Die Unterstützung der Hallstein-Doktrin war also zwischen 1965 und 1969 rapide gesunken⁷⁵⁸. Wie weit sich die politische Entscheidungen an den Ergebnissen der Meinungsumfragen orientierten, ist empirisch nicht zu belegen.

⁷⁵⁸ Vgl. End, 1973, S. 67.